Bericht über die öffentliche Sitzung des Stadtrates Polch vom 08.06.2010

Top-Nr.: 1	Einwohnerfragestunde
------------	----------------------

Den Einwohnern wurde die Gelegenheit gegeben, über Angelegenheiten des örtlichen Bereiches Fragen zu stellen.

Top-Nr.: 2	Vorstellung der Planung zur Erweiterung der Kindertagesstätte Backhaus
------------	--

Das Gremium stimmt der Planung mit 18 Ja- und 3 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen zu.

Top-Nr.: 3	Verlagerung des Jugendtreffs
------------	------------------------------

Das Gremium beschließt mit 16 Ja- und 2 Neinstimmen bei 5 Enthaltungen die Unterbringung des Jugendtreffs in den Kellergeschossräumen der Kindertagesstätte Backhaus, Erweiterung Hinter Backhaus Straße 9. Bis zum Bezug der Räume soll der Jugendtreff provisorisch in dem Verkaufsraum des ehemaligen Lebensmittelgeschäftes „Handelshof“, Am Wallgraben, untergebracht werden.

Top-Nr.: 4	Festsetzung von Preisen für die Miete von Absperranlagen und Verkehrszeichen
------------	--

A. Auf Antrag der CDU Fraktion sollen Polcher Vereine für die Miete von Absperranlagen und Verkehrszeichen keinen Mietpreis zahlen. Ansonsten sind die Preise gemäß der vorliegenden Mietpreisliste 2010 zu erheben. Der Antrag wurde mit 11 Ja- und 11 Neinstimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

B. Auf Antrag der FWG Fraktion sollen Polcher Vereine für die Miete von Absperranlagen und Verkehrszeichen die Hälfte der Mietpreise gemäß der vorliegenden Mietpreisliste 2010 zahlen. Ansonsten sind die Mietpreise in voller Höhe zu zahlen. Der Antrag wurde mit 5 Ja- und 14 Neinstimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

C. Das Gremium beschließt für die Miete von Absperranlagen und Verkehrszeichen Mietpreise gemäß der vorgelegten Mietpreisliste 2010 zu erheben. Die Mietpreisliste wurde mit 9 Ja – und 12 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Top-Nr.: 5	Resolution gegen die Eingriffe in die Kommunalfinanzen
------------	--

A. Auf Antrag der CDU Fraktion beschließt das Gremium mit 10 Ja- und 13 Neinstimmen die Resolution des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz. Somit wurde der Antrag abgelehnt.

B. Das Gremium beschließt mit 13 Ja- und 10 Neinstimmen die Resolution gegen die Eingriffe in die Kommunalfinanzen. Die Resolution soll an die Landesregierung übersendet werden.